

## R.E.S.P.E.K.T

## Kampagne des DBB NRW gegen Hass, Hetze &amp; Gewalt

Sieben einfache Buchstaben, und doch scheint die Umsetzung dieses grundlegenden gesellschaftlichen Wertes für viele nicht mehr so einfach und schon gar nicht selbstverständlich zu sein. Immer häufiger ist von Hass, Hetze & Gewalt (nicht nur) gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu hören und zu lesen. Der DBB NRW hat mit einer Kampagne eine Woche (39. KW) lang ein klares Zeichen gegen Hass, Hetze & Gewalt gesetzt und für mehr Respekt & Wertschätzung geworben.



Zum Start der Kampagne zeigen die Mitglieder des Vorstandes ihre Entschlossenheit, gegen Hass, Hetze & Gewalt (nicht nur) gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst vorzugehen.

„Für mehr Wertschätzung & Respekt. DBB NRW gegen Hass, Hetze & Gewalt“ – der Satz ist in der Kampagnenwoche vielen Pendlerinnen und Pendlern an verschiedenen Bahnhöfen in Nordrhein-

Westfalen auf Infoscreens an den Bahnsteigen begegnet. Darüber hinaus waren an einigen Orten im Düsseldorfer Stadtgebiet auch Plakate zum Thema zu sehen, mit denen für mehr Respekt & Wertschät-

zung geworben wurde. Abgerundet wurde die Kampagne durch eine Postkartenaktion, mit der jeder die Kampagne unterstützen und sich klar gegen Hass, Hetze & Gewalt positionieren konnte.

„Das Ziel war es, mit der Kampagne zu sensibilisieren und eine Wertediskussion anzustoßen“, so **Roland Staupe**, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Denn Respekt kann nicht per Gesetz verordnet werden, er muss im täglichen Miteinander gelebt werden.“ Genau das geschieht jedoch immer häufiger nicht. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig, es lässt sich jedoch ein Zusammenhang mit einem zunehmenden Vertrauensverlust in den Staat und seine Institutionen feststellen. Diese Unzufriedenheit manifestiert sich immer häufiger auch in Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie werden dann stellvertretend für das vermeintliche Staatsversagen zur Verantwortung gezogen. „Immer häufiger müssen die Kolleginnen und Kollegen den ‚Kopf hinhalten‘“, bemängelt Roland Staupe.

Angriffe, Faustschläge, Beleidigungen und Bedrohungen, aber auch Cybermobbing und Hatespeech, das alles ist Aus-

## 3 Gespräche zur Attraktivitätssteigerung

Interministerielle Arbeitsgruppen sind gestartet



## 4 PR-Wahlen Kommunalverwaltung

Kurz nachgefragt bei Christoph Busch



## 5 Broschüre zu Arbeitszeitkonten

– ab sofort beim DBB NRW erhältlich





Viele Mitglieder haben den DBB NRW mit der Postkartenaktion unterstützt und sich klar gegen Hass, Hetze & Gewalt positioniert.

druck einer Verrohung unserer Gesellschaft, gegen die Geset-

ze und Regelungen nur teilweise etwas ausrichten können.

„Natürlich ist es wichtig, dass Straftaten schnell und effizient verfolgt und auch geahndet werden, gerade gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, als Repräsentanten des Staates“, so Roland Staudé. „Das alleine wird das Problem mit Hass, Hetze & Gewalt letztlich jedoch nicht lösen können.“

Vielmehr sei es wichtig, so der Vorsitzende weiter, dass jeder einzelne Respekt zeigt, und zwar den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen-

über, aber auch jedem anderen Menschen. Denn JEDER hat Respekt verdient.

Natürlich kann eine Kampagnenwoche niemals ausreichen, das Problem in Gänze zu lösen. Jedoch bleibt es zu hoffen, dass der DBB NRW mit seiner Kampagne sensibilisieren und einen Anstoß geben konnte, dieses Thema auch in den nächsten Wochen und Monaten weiterzutragen: für mehr Wertschätzung & Respekt, gegen Hass, Hetze & Gewalt.

JMJ

## Positionspapier des DBB NRW

### Der DBB NRW gegen Extremismus

Rund 32 000 Menschen schätzt der Verfassungsschutz in Deutschland als rechtsextrem ein. Das macht etwa 0,046 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland aus. Das klingt auf den ersten Blick nach einer kleinen Zahl, doch in Anbetracht der Ernsthaftigkeit der Thematik und der deutschen Geschichte ist jede/r einzelne Rechtsextreme eine/r zu viel.

Die jüngsten Vorfälle bei der Polizei, die kürzlich vom Ministerium des Innern bekannt gemacht wurden, machen deutlich, dass eine rechte Gesinnung vor keiner Berufsgruppe haltmacht. Denn es muss klar sein, dass die Polizei, wie auch jede andere Berufsgruppe im öffentlichen Dienst, einen Querschnitt der Gesellschaft darstellt. Gerade Beamtinnen und Beamte haben eine besondere Verantwortung, da sie Vertreterinnen und Vertreter des Staates sind und bei Dienstantritt einen Eid auf die Verfassung leisten.

Aus diesem Grund ist es wichtig, extremistisches Gedankengut und erst recht solche Strukturen möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegenzusteuern.

Der Vorstand des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen distanziert sich klar von extremistischem Gedankengut sowie von jeder rechten Gesinnung. Er hat aus diesem Grund beschlossen, sich bei Politik und Regierung für eine Rahmenvereinbarung starkzumachen. Diese soll möglichst schnell in Zusammenarbeit von Ministerien und Politik unter Mitwirkung der Gewerkschaften erarbeitet werden.

#### Wichtige Inhalte sollen sein:

- Erstellung eines Lageberichts zur Erfassung der Situation im gesamten öffentlichen Dienst
- Erarbeitung eines Rahmenkonzepts zur Extremismusprävention und -bekämpfung
- Einsetzung von Extremismusbeauftragten in jedem Ressort und in jeder Gebietskörperschaft sowie Schaffung der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme von Verdachtsfällen in einem geschützten Umfeld
- Erarbeitung von Controlling-Maßnahmen

## Gewalt gegen Lehrer

Studie des VBE: psychische als auch körperliche Gewalt haben zugenommen

**Eine Zunahme von Gewalt gegen Lehrkräfte zeigt die jetzt veröffentlichte Studie des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). Sowohl psychische als auch körperliche Gewalt haben demnach in den vergangenen zwei Jahren zugenommen, vor allem aber das Thema Cybergewalt. Die Studie bestätigt leider einen gesamtgesellschaftlichen Trend zur Verrohung, auf welchen der DBB NRW mit seiner Kampagne gegen Hass, Hetze & Gewalt aufmerksam gemacht hat.**

Lange Zeit galt das Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ als Tabu innerhalb der Gesell-

schaft. Denn gerade Schule sollte ein Ort sein, an dem Respekt und Wertschätzung nicht

nur gelehrt, sondern auch gelebt werden. Die jetzt veröffentlichte Folgebefragung des VBE unter mehr als 1 300 Schulleiterinnen und Schulleitern macht jedoch deutlich, dass Hass, Hetze und Gewalt ein tatsächliches Problem darstellen, das in den vergangenen zwei Jahren sogar noch zugenommen hat. Rund 41 Prozent der Befragten in Nordrhein-Westfalen berichteten



Stephan Behlau

© VBE NRW

von körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte an ihren Schulen innerhalb der vergangenen fünf Jahren. Von psychischer Gewalt berichteten sogar 64 Prozent. Dabei handelt es sich um eine Zunahme von sechs Prozent bei körperlicher Gewalt und sogar neun Prozent bei psychischer Gewalt im Vergleich zur Befragung von 2018.

Besonders besorgniserregend ist jedoch die nahezu Verdoppelung der Fälle von Cybergewalt. Haben 2018 etwa 17 Prozent der Schulleitungen Erfahrungen mit Gewalt über digitale Medien gemacht, waren es bei der diesjährigen Befragung 33 Prozent.

„Die Zahlen machen deutlich, dass sich Gewalt im digitalen Zeitalter verändert“, erklärt **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen. „Die vermeintliche Anonymität der digitalen Netzwerke und das Fehlen der direkten Rückkopplung des Gegenübers lassen die Hemmschwelle für Beleidigungen und Bedrohungen bei vielen sinken.“ Dabei müsse inzwischen jedem klar sein, dass das Internet und auch die sozialen Netzwerke kein rechtsfreier Raum sind.

„In der Gesellschaft braucht es eine unmissverständliche

Haltung gegen Gewalt. Hierbei spielen die Schulen als Lern- und Lebensraum der Kinder und Jugendlichen eine tragende Rolle“, erklärt **Stefan Behlau**, Vorsitzender des VBE NRW. „In den Schulen müssen gegenseitiger Respekt und Wertschätzung mehr als selbstverständlich sein. Wenn die Arbeit von Schule in der Kritik steht, müssen sich Kritiker ehrlich machen und die schwierigen Bedingungen der Beschäftigten in den Schulen benennen. Bildungsarbeit wertzuschätzen und bedarfsgerecht auszustatten, kann letztlich helfen, der Gewalt in Schulen entgegenzuwirken.“

Für die konkreten Fälle von Gewalt gegen Lehrkräfte, wie auch gegen alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sieht der DBB NRW vor allem den Arbeitgeber bzw. Dienstherrn in der Pflicht. „Gewaltprävention ist Vorgesetztenpflicht“, wird der DBB NRW Vorsitzende nicht müde zu erwähnen. Das fange bei entsprechenden Präventionsmaßnahmen an und gehe bis zu einer konsequenten Verfolgung von Übergriffen jeglicher Art. Als wichtig sieht er zudem eine einheitliche Erfassung der Fälle an, die einen Gesamtüberblick über die einzelnen Ressorts und Gebietskörperschaften hinweg ermöglicht. ■

## Gespräche zur Attraktivitätssteigerung

Verbesserungen für die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst

**Die ersten Gespräche zur Attraktivitätssteigerung haben stattgefunden. In zwei interministeriellen Arbeitsgruppen wurde über die Themen Gestaltung der Arbeitszeit und Belange besonders belasteter Berufsgruppen gesprochen. Im DBB NRW Arbeitskreis Dienstrecht wurden die Sitzungen ausgewertet.**

Im Zuge der Besoldungsgespräche war seinerzeit mit der Landesregierung vereinbart worden, Möglichkeiten zu Verbesserungen für die Beschäftigungsbedingungen

verschiedener Ministerien zusammenzusetzen.

In der Arbeitsgruppe zur Gestaltung der Arbeitszeit standen zum einen die Themen

Tarifunion Nordrhein-Westfalen seine Positionen vorstellen, bevor im Anschluss in ersten Diskussionen über mögliche Ansatzpunkte und Umsetzungsoptionen gesprochen wurde.

Die zweite Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Verbesserungsmöglichkeiten für besonders belastete Berufsgruppen wie Polizei, Justizvollzug, Feuerwehr und Schule. Sie tagte nun im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Ziel dieses ersten Gesprächs war es, konkrete Inhalte zu identifizieren und mögliche Lösungen zu diskutieren. Dabei ging es unter anderem um die Themen Zulagenwesen und Faktorisierung

von Arbeitszeit, aber auch die Bereiche Fortbildung und Gesundheitsmanagement nahmen Raum ein.

Im Anschluss an die Sitzungen traf sich der Arbeitskreis Dienstrecht des DBB NRW, um die Ergebnisse auszuwerten. Nach dem derzeitigen Stand werden die Ergebnisse nicht dem Anspruch einer Attraktivitätssteigerung für alle Bereiche der Landesverwaltung gerecht. „Einen großen Wurf erwarten wir aufgrund der angespannten finanziellen Lage zwar nicht, wir hoffen jedoch, dass sich wenigstens kleine Verbesserungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreichen lassen“, resümiert **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes. *JMJ*



Interministerielle Arbeitsgruppe zu besonders belasteten Berufsgruppen: Am Gespräch mit den Ministerien nahmen vonseiten des DBB NRW teil: Achim Hirtz, Vorstandsmitglied, Hubert Meyers, Vorstandsmitglied, Erich Rettinghaus, stellv. Vorsitzender, Manfred Lehmann, Vorsitzender der DSTG NRW (von links)

im öffentlichen Dienst zu erarbeiten. Unter der Überschrift Attraktivitätsoffensive wurden aus diesem Grund verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet, welche sich aus den Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertretern

Wochenarbeitszeit und Langzeitarbeitskonten und zum anderen der Verfallschutz von Überstunden bzw. Mehrarbeit sowie das Arbeiten im Homeoffice im Fokus. In diesem ersten Gespräch konnte der DBB NRW Beamtenbund und



Jutta Endrusch, Roland Staude, Andrea Sauer-Schnieber und Himmet Ertürk (von links) bei der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Arbeitszeit

© DBB NRW (2)

### Berufspolitik



# Ergebnislos vertagt: Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen

Dritte Verhandlungsrunde ist ab dem 22. Oktober 2020 in Potsdam angesetzt

„So kommen wir nicht weiter“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** die ergebnislose Vertagung der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen am 20. September 2020 in Potsdam.

Seitdem laufen Warnstreiks und Aktionen im gesamten Bundesgebiet bei den Bundesbehörden und in den Kommunen. Auch in Nordrhein-Westfalen werden noch Aktionen und Mahnwachen stattfinden. Mit den lokalen Aktionen verleihen die Beschäftigten ihren berechtigten Forderungen ein Gesicht.

**Andreas Hemsing**, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission (BTK): „Seit Jahren geben die Kolleginnen und Kol-



Christine Behle (ver.di), Frank Werneke (ver.di), Oliver Badosz (ver.di), Ulrich Silberbach (dbb), Niklas Benrath (VKA), Ulrich Mädge (VKA), Werner Gatzler (Staatssekretär Bundesfinanzministerium) und Horst Seehofer

© F. Windmüller

legen in der kommunalen Welt alles und gehen dabei regelmäßig über ihre Belastungsgrenzen hinaus. Sie sind flexibel, obwohl die Einkommens- und Rahmenbedingungen unzureichend und wenig attraktiv sind.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie systemrelevant die Arbeit des gesamten

kommunalen öffentlichen Dienstes für das Funktionieren unseres Zusammenlebens ist. Jetzt heißt es, auf anerkannte Gesten die notwendigen Verbesserungen folgen zu lassen. Die Arbeitgeberseite sieht das offensichtlich anders und zeigt eine klare Abwehrhaltung. In den kommenden Wochen bis zur dritten Runde

werden wir daher deutlich machen, was wir davon halten.“

Hemsing erwartet, dass die Arbeitgeber in der letzten Verhandlungsrunde ihre Blockadehaltung aufgeben und ein akzeptables Angebot vorlegen, das den Leistungen der Beschäftigten gerecht wird. ■

## Personalratswahlen

## Zwei Drittel der Kommunen haben sich für Verschiebung der PR-Wahlen entschieden

Personalratswahlen in der Kommunalverwaltung

Das DBB NRW Magazin wollte wissen, wie es mit den Personalratswahlen in den Städten und Gemeinden aussieht, und hat den stellvertretenden Landesvorsitzenden der **komba gewerkschaft nrw**, **Christoph Busch**, hierzu befragt. Busch ist Vorsitzender des Personalrats Technik und Verwaltung der Bundesstadt Bonn.

**DBB NRW Magazin:** Welchen Einfluss hatte die Corona-Pandemie bei den Personalratswahlen in der Kommunalverwaltung in Nordrhein-Westfalen, wurden einige

Wahlen aufgrund von Corona, wie in der Landesverwaltung, verschoben?

**Christoph Busch:** Jede Gemeinde, jede Stadt, jede Kreisver-



Christoph Busch

© komba nrw

waltung legt im kommunalen Bereich eigenständig die Wahltermine für die Personalratswahlen fest. Es gibt keinen einheitlichen Wahltermin für die Kommunen in NRW.

Nach einer von der komba gewerkschaft initiierten Abfrage haben zwei Drittel der abge-

fragten Kommunen sich für eine Verschiebung der PR-Wahlen entschieden, einige werden im Herbst wählen, andere haben sich für eine Verschiebung in das erste Halbjahr 2021 entschieden. Ein Drittel hatte bereits gewählt oder stand zur Beginn der Pandemie kurz vor dem Wahltermin.

Wegen der erforderlichen Hygiene- und Schutzkonzepte sowie der festzustellenden Tendenz zum Homeoffice hat das Thema Briefwahl enorm an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig müssen die komba Ortsverbände die Wahlkampfstrategien der ver-

änderten Lage anpassen. Beispielsweise hier in Bonn werden wir im November wählen und verstärkt auf Briefwahl setzen.

**DBB NRW Magazin:** Ist die komba in Nordrhein-Westfalen

zufrieden mit dem Ausgang der Wahlen?

**Christoph Busch:** Mit den bisher vorliegenden Ergebnissen sind wir sehr zufrieden, herausragend sind die Ergebnisse bei den Städten Mönchengladbach und

Dorsten sowie bei der Kreisverwaltung Herford, bei denen erstmalig in den Personalräten Kombatant(innen) das Sagen haben.

**DBB NRW Magazin:** Herzlichen Dank und viel Erfolg bei der Personalratswahl. ■

## Berufspolitik

### Arbeitszeitkonten in Nordrhein-Westfalen – Möglichkeiten, Chancen und Risiken

Broschüre zu Arbeitszeitkonten ab sofort beim DBB NRW erhältlich

Langzeitarbeitskonten, Lebensarbeitszeitkonten, Wertguthaben, Zeitwertkonten – die Begriffe für Konten, über die langfristig Arbeitszeit angespart werden kann, sind vielfältig und werden in der Praxis häufig synonym genutzt.



Auch die Möglichkeiten, solche Konten in Nordrhein-Westfalen zu nutzen, sind grundsätzlich vielfältig, jedoch unterliegen sie trotzdem – gerade bei langfristig angelegten Konten – vielen Einschränkungen. Der DBB NRW hat eine Broschüre zum Thema veröffentlicht, um eine gute und einheitliche Diskussionsbasis zu schaffen. Diese Broschüre kann jetzt über den DBB NRW per E-Mail an [post@dbb-nrw.de](mailto:post@dbb-nrw.de) bestellt werden. *JMJ*

## Peter Söhle kandidiert erneut für den Hauptpersonalrat

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Der Diplom-Ingenieur, Regierungsbeschäftigter **Peter Söhle** (53), kandidiert als Spitzenkandidat für die vdlA gewerkschaft für den Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (HPR MWIDE).

Peter Söhle ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender des HPR MWIDE. Die Wahlen finden in diesem Ressort am 11. März 2021 statt.



Peter Söhle

© Britta Lindner

Irrtümlich gab es in der September-Ausgabe eine Namensverwechslung für diese Kandidatur, dafür möchte sich die Chefredaktion entschuldigen. ■

# Wertschätzung, Transparenz, Gleichbehandlung, Verlässlichkeit

Erik Otto kandidiert erneut als HPR-Vorsitzender beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft.

Seit 2015 ist Ministerialrat **Erik Otto** (44) schon Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW). Mit den Leitlinien „Wertschätzung, Transparenz, Gleichbehandlung, Verlässlichkeit“ geht er für die vda Gewerkschaft als Spitzenkandidat auf der Beamtenliste in die Personalratswahlen am 3. Dezember 2020.

Seine programmatischen Ziele sind u. a.: die Digitalisierung für die Beschäftigten zu nutzen, flexible Arbeitsformen ausbau-

en, eine Attraktivitätsoffensive durch zeitgemäße Beschäftigungsbedingungen (Lebenszeitarbeitskonten pilotieren, flexiblere Arbeitszeiten, Firmenticket für alle) sowie Vorgesetztenbeurteilung erproben: 360°-Perspektive, Betroffene zu Beteiligten machen, „Schwarmintelligenz“ nutzen.

Die Regierungsbeschäftigte **Victoria Oppenberg** (24) kandidiert für die vda Gewerkschaft auf Listenplatz 1 der Tarifbeschäftigten. Seit 2016 ist sie Vorsitzende der Hauptjugend-



Erik Otto



Victoria Oppenberg

© Privat (2)

und Auszubildendenvertretung beim MKW.

Sie will sich für eine Verbesserung des Arbeitsklimas durch

Entgegenwirken außerordentlicher Arbeitsbelastung, durch Förderung von Wertschätzung, Entwicklungsperspektiven und Gleichbehandlung einsetzen. ■

## DBB Kreisverband Münster: im Gespräch mit CDU- und SPD-Fraktion

Themen: Entwicklung der Stadt Münster und Schul- und Bildungsangebote



Angela Stähler, Meik Bruns, Michael Habeck, Dirk Vosskuhl, Dr. Volkhard Riedel, Ingo Lürbke, Klaus Rentmeister und Stefan Leschniok (von rechts)

### DBB intern



Im Gespräch: Meik Bruns, Dr. Volkhard Riedel, Lena-Rosa Beste, Ingo Lürbke, Marius Herwing, Anusch Melkonyan, Michael Habeck und Dr. Michael Jung (von links)

© DBB Münster (2)

„In Münster gibt es viele unterschiedliche Schulformen. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten“, forderte der Kreisvorsitzende des DBB Münster, **Meik Bruns**, anlässlich eines Gespräches am 9. September 2020 mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster.

Ratsfrau **Angela Stähler**, schulpolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion, verdeutlichte, dass sich ihre Fraktion nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die

Fortentwicklung des Schulangebotes einsetzt.

„Eine aktive Stadt wie Münster benötigt auch einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst.“ Dieses Fazit zogen der SPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Michael Jung** und Meik Bruns bei einem gemeinsamen Gespräch zwischen Mitgliedern der SPD-Ratsfraktion und Vertreterinnen und Vertretern aus den DBB Gewerkschaften in Münster. Ein Thema war die zukünftige Entwicklung der Stadt Münster. ■



# DBB Stadtverband Düsseldorf: Diskussionsrunde mit den Oberbürgermeisterkandidaten

Kandidaten stellten sich direkt den Fragen der Mitglieder



Die vier OB-Kandidaten bei ihrem Statement, bevor sie sich in kleinen Gruppen den Fragen der Mitglieder stellten. Joachim Klein, Stefan Engstfeld, Thomas Geisel, Dr. Stephan Keller und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (von links)

zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen.

Hautnah und authentisch konnten die DBB NRW Mitglieder die erfahrenen Politiker in kleinen Diskussionsrunden erleben und ihre Fragen unmittelbar den Kandidaten stellen. Natürlich ging es um bezahlbaren Wohnraum, die Umweltspur und die Situation in den Schulen. Von den unterschiedlichen Positionen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein gutes Bild machen.

Joachim Klein hob zu Beginn der Veranstaltung hervor, dass sich die Bürgerinnen und Bürger glücklich schätzen können, vier so kompetente und erfahrene Bewerber für das Amt des Oberbürgermeisters zur Auswahl zu haben. Dies war auch das einhellige Fazit am Ende der Veranstaltung.

In der Stichwahl hat sich schließlich Dr. Keller gegen Geisel durchgesetzt. ■

Der Vorsitzende des Stadtverbandes Düsseldorf des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Joachim Klein**, konnte am 2. September 2020 alle prominenten Kandidaten

zur Wahl zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt im Bürgersaal in Bilk begrüßen.

Oberbürgermeister **Thomas Geisel** (SPD), **Dr. Stephan**

**Keller** (CDU), **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** MdB (FDP) und **Stefan Engstfeld** MdL (Bündnis 90/Die Grünen) stellten sich nach einem kurzen Statement den Fragen der

## Jugend

# Meet & Greet: dbb jugend nrw trifft Politik zu lockerem Austausch

Landesjugendleiter Moritz Pelzer: Ehrenamt bei jungen Menschen stärken

„Meet & Greet – Jugend trifft Politik“: Unter diesem Motto trafen sich Ende August 20 junge Gewerkschaftsmitglieder bei einem von der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen ausgerichteten Stehempfang zu einem lockeren Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunal- und Landespolitik im Düsseldorfer Maxhaus.

Zum Dialog mit den jungen Ehrenamtlichen waren unter anderem **Andreas Bothe**,

Staatssekretär des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, **Jürgen**



Zu einem Meet & Greet mit Vertretern der Kommunal- und Landespolitik hatte die dbb jugend nrw ihre Mitglieder Ende August nach Düsseldorf geladen

© dbb jugend nrw (2)

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Johanna Muschalik-Jaskolka (JM) und Markus Klügel (MK)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714, Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019, Ständige Beilage: dbb magazin, ISSN 1438-2989

Mathies, Staatssekretär des Innenministeriums, Thomas Geisel, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, sowie der Landtagsabgeordnete Sven Wolf gekommen. Neben den eigenen Mitgliedern waren auch zwei Vertreter des nordrhein-westfälischen Kinder- und Jugendrates der Einladung des gewerkschaftlichen Jugendverbands ins Düsseldorfer Maxhaus gefolgt, um mit den anwesenden Politikern in ungezwungener Atmosphäre ins Gespräch zu kommen.

Bei seinem kurzen Grußwort gewährte Staatssekretär Bothe Einblicke in die politische Arbeit hinter den Kulissen und betonte die Wichtigkeit der Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes: „Ich glaube, wir sind als Land, auch dank Ihres Einsatzes, insgesamt ganz gut durch diese schwere Zeit gekommen und immer noch gut aufgestellt.“ Die Systemrelevanz vieler Berufsgruppen insbesondere des öffentlichen Dienstes sei durch die Corona-Krise verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gelangt.

Der Landesjugendleiter der dbb jugend nrw, Moritz Pelzer, verband seine Grußworte mit



Die Mitglieder der Landesjugendleitung der dbb jugend nrw waren Gastgeber der Veranstaltung.

einem Aufruf an die Politiker, das Ehrenamt gerade bei jungen Menschen zu stärken. Es sei unverzichtbar, das Interesse von jungen Menschen an Politik, Gewerkschaftsarbeit und Ehrenamt zu fördern.

Bis spät am Abend wurden unter Einhaltung der Corona-Hygieneregeln in lockerem Rahmen das Gespräch und der politische Dialog gesucht.

MK